



Wie wir der Ukraine helfen können!

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit im Deutschen Bundestag. Mit diesem monatlichen Newsletter halte ich Sie zum Geschehen in der Berliner Politik, meinen Aufgabenbereichen im Parlament, meinem Ausschuss sowie meinem Wahlkreis auf dem Laufenden und informiere über meine öffentlichen Termine. Haben Sie Fragen oder Anliegen an mich? Dann wenden Sie sich jederzeit an serap.gueler@bundestag.de

Herzliche Grüße,

DEUTSCHLAND ISOLIERT SICH IN EUROPA UND IN DER WELT

Seit zwei Monaten führt Russland einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Es ist unsere moralische Pflicht, alles uns Mögliche und Vertretbare zu unternehmen, um diesen Angriffskrieg zu stoppen. Dazu zählen neben einer klaren und entschlossenen Regierungsarbeit auch die Unterstützung der Ukraine mit Waffen und militärischer Ausrüstung. Beides tun wir aktuell nur beschränkt.

Die Regierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz wartet und zögert immer länger. Führung und eine "Zeitenwende" sehen anders aus. Das Vertrauen in unser Land nimmt in der internationalen Öffentlichkeit



Foto: Laurence Chaperon

von Tag zu Tag ab. Die Kritik unserer Partner und Verbündeten wächst und wird bald nicht mehr zurückhaltend oder hinter verschlossenen Türen geäußert. Die Isolation Deutschlands in Europa und in unseren transatlantischen Bündnissen schreitet weiter voran.

Als CDU/CSU Fraktion und auch als Partei hören wir immer häufiger die Vorwürfe wir würden im Bundestag Parteipolitik betreiben und die Regierung international schwächen. Dies entspricht natürlich nicht den Tatsachen. Unserem konsequenten Handeln als größte und wichtigste Oppositionspartei ist es teilweise zu verdanken, dass wir international noch nicht vollkommen isoliert sind. Wir müssen die Regierung in ihrem Handeln

kontrollieren und in die richtige Richtung drängen. Wenn Gesetzesvorhaben, wie etwa die Impfpflicht scheitern, dann ist das nicht unsere Schuld, sondern es zeigen sich dadurch vielmehr die Probleme in der Regierung. Die Ampel hat bei einigen Themen aktuell keine Regierungsmehrheit und muss sich immer mehr mit den eigenen Uneinigkeiten beschäftigen. Bei der Impfpflicht wollte die FDP nicht mitmachen und bei der Unterstützung der Ukraine scheitern Mehrheiten häufig an der SPD, die weiterhin keine klare Distanz zu Wladimir Putin wahrte. Als Faktor für ein stabiles und sicheres Deutschland werden wir deshalb unsere Aufgabe in der Opposition weiterhin nach bestem Wissen und Gewissen ausführen.

AMPEL REGIERUNG VERSAGT BEI DER IMPFPFLICHT

CDU KOMPROMISSANTRAG FINDET AUCH KEINE MEHRHEIT



Foto: Christiane Lang/CDU

Keine Mehrheiten für die Ideen von Scholz, Lauterbach und Co. Das stand am Anfang der Debatte um die Impfpflicht im Raum und ist bei der Abstimmung Anfang des Monats Realität geworden. Nachdem die Ampel-Koalition die Abstimmung zur Impfpflicht freigegeben hat, bildeten sich mehrere Gruppen, die einzelne Anträge erarbeitet haben. Zusammengefasst gab es am Ende dieses Prozesses im groben noch drei verschiedene Positionen

und Anträge: Die Gruppe um einige SPD und Grüne Abgeordnete (genannt Gruppe Janecek) wollte eine verpflichtende Impfberatung für Erwachsene und eine Impfpflicht ab 50 Jahren einführen. Eine Gruppe um den Abgeordneten Kubicki wollte keine Impfpflicht einführen, ebenso die AFD in einem getrennten Antrag.

Wir als CDU/CSU-Fraktion haben uns für ein anderes Vorgehen entschieden. Zentraler Bestandteil unseres Antrags war die Einführung eines Impfregisters, um eine zuverlässige und sichere Datengrundlage über den Impfstatus der verschiedenen Altersgruppen einzuführen. Zweiter Bestandteil war die nochmalige Intensivierung der Impfkampagne, um Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zu leisten, damit die bisher ungeimpften sich

aus eigenem Willen dazu entscheiden, sich impfen zu lassen. Der letzte und dritte Teil unseres Antrags sah eine Einführung eines gestuften Impfmechanismus vor.

Mit unserem Antrag wollten wir Deutschland auf eine mögliche kommende Welle vorbereiten und die Grundlagen für eine dann eventuell notwendige Impfpflicht legen. Eine Impfpflicht zur aktuellen Corona-Situation wäre zu spät gewesen und frühestens nach dem Sommer umsetzbar. Mit der Schaffung des Impfregisters hätten wir hingegen eine Grundlage gelegt, damit später schnell und zuverlässig reagiert werden kann. Leider hat unser Antrag keine Mehrheit gefunden. Ebenso haben die anderen Anträge der anderen Fraktionen und Gruppen keine Mehrheiten bekommen.

DIE MEHRHEIT DER AMPEL FEHLT BEI WICHTIGEN THEMEN

Nicht nur bei der Impfpflicht hat die Ampel aktuell keine erkennbare Mehrheit. Auch wenn wir über die Unterstützung der Ukraine im Bundestag debattieren, kommen unterschiedliche Signale aus den Regierungs-Fraktionen. Während die Grünen und die FDP Waffenlieferungen unterstützen, bremsen die SPD und ihr Vorsitzender Mützenich die Bestrebungen immer wieder aus. Auch kämpft die SPD immer noch mit ihren Verknüpfungen zu Putin und Russland. Eine Distanzierung von Gerhard Schröder, der erst kürzlich seine Freundschaft zu Wladimir Putin trotz der Verbrechen gegen die Menschlichkeit bekräftigt hat, findet nicht statt.



Dazu haben wir einen Kanzler, der in der Öffentlichkeit durch Abwesenheit auffällig und wichtige Debatten im Bundestag verpasst, weil er lieber in andere Teile der Welt reist. Die Ampel-Regierung hat nach wie vor ein Führungsproblem.

WAS SIND EIGENTLICH SCHWERE WAFFEN?

Immer wieder reden wir in der aktuellen Debatte rund um Waffenlieferungen an die Ukraine über "Schwere Waffen". Doch über welche Waffen diskutieren wir überhaupt? Schwierig ist die Diskussion mit dem Begriff bereits von Anfang an, weil es keine international anerkannte Definition der "Schweren Waffen" gibt und auch in Deutschland nicht genau differenziert wird, was unter diesen Begriff fällt und was nicht. Der Begriff ist erst in der aktuellen Debatte aufgekommen und kann somit auch nicht wirklich historisch eingeordnet werden.

Grob gesprochen, fallen unter diesen Begriff aktuell Kampfpanzer, Artillerie, Flugzeuge und andere gepanzerte Fahrzeuge, wie etwa Schützen- oder Transportpanzer. Im Fall Deutschlands betrifft das besonders die durch die Ukraine angefragten Leopard Kampfpanzer und Marder Schützenpanzer. Beides würde die Ukraine gerne bei Rüstungsunternehmen in Deutschland bestellen und im Konflikt mit Russland einsetzen. Besonders wichtig für die Ukraine sind gerade diese Waffen, da mit der neuen Konzentration auf den Südosten der Ukraine nun eine Region betroffen ist, die als sehr flach und weitläufig bekannt ist und dort ein Kampf

und Transport mit gepanzerten Fahrzeugen zentral sein wird. Wichtig in der Debatte rund um die Lieferung "Schwerer Waffen" ist aktuell auch die Frage rund um die Kriegspartei im Falle von Lieferungen an die Ukraine. Häufig kommt das Argument, dass Deutschland Kriegsteilnehmer werden würde, wenn wir liefern. Dem ist aber nicht so.



Im Völkerrechtlichen Sinne sind strenggenommen Teilnehmer an Konflikten nur, wenn echte Teilnahme am Konflikt, also bewaffnete Auseinandersetzungen bzw. Kämpfe stattfinden. Eine sonst übliche Neutralitätspflicht im Völkerrecht gilt bei diesem Konflikt im völkerrechtlichen Sinne ebenfalls nicht, da die Aggression eindeutig von Russland ausgeht und die Ukraine eindeutig unterlegen ist. Waffen dürfen deshalb geliefert werden.

SELBSTVERTEIDIGUNG DER UKRAINE STÄRKEN



Foto: Hans-Hermann Bühling

Seit zwei Monaten führt Russland einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Es ist unser humanitäres Gebot, diesem Vernichtungswahn ein Ende zu setzen. Es ist unsere moralische Pflicht, dazu beizutragen, den Angriffskrieg zu stoppen. Deutschland muss sich jetzt seinen Verbündeten in EU und NATO anschließen und einen entschlossenen Beitrag zur Stärkung der ukrainischen Selbstverteidigungskräfte

leisten - auch und gerade mit "schweren Waffen". Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die hierfür nötigen Waffenlieferungen an die Ukraine in Quantität und Qualität unverzüglich und spürbar zu intensivieren. Als konstruktive Oppositionspartei haben wir diesen Antrag nach der Erarbeitung unserer Position, gemeinsam mit den Fraktionen der Ampel-Regierung gestellt. Neben den Waffenlieferungen ist die Bundesregierung aufgefordert die Bemühungen der ukrainischen Regierung, in direkten Verhandlungen mit der russischen Führung einen Waffenstillstand zu erzielen, zu unterstützen. Dabei muss aber klar sein, dass es keine Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer hinweg geben darf.

NACHHALTIGE IMPULSE FÜR EINZELHANDEL UND INNENSTÄDTE

Durch die Corona-Belastungen stehen unsere Innenstädte immer noch vor enormen Belastungen. Der zunehmende Leerstand innerstädtischer Flächen ist kein vorübergehendes Phänomen, das sich nach Ende der Corona-Pandemie von selbst erledigen wird. Wir brauchen jetzt dringend neue Impulse für einen attraktiven und zukunftsfesten Einzelhandel in den Innenstädten. Innenstädte und Fußgängerzonen sind kaum vorstellbar ohne funktionierenden und breit gefächerten Einzelhandel. Benötigt werden neue Geschäftsideen für leerstehende und leerfallende Läden, Einkaufsstraßen und Warenhäuser sowie Shoppingmalls. Doch Innenstädte sind auch mehr als reine Einkaufsstraßen. Die Innenstädte von morgen müssen neben dem Warenverkehr auch Aufenthaltsqualität durch Gastronomie und Hotellerie, Dienstleistungen sowie Freizeit- und Kulturangeboten berücksichtigen. In unserem Antrag (Drucksache 20/1318) fordern wir deshalb die Bundesregierung auf, die Innenstädte durch Steuerentlastungen und Maßnahmen im Bereich Bürokratieabbau zu unterstützen. Außer-

dem soll das von der unionsgeführten Bundesregierung angestoßene Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren", mit dem rund 250 Millionen Euro zu Verfügung gestellt wurden, gestärkt und ausgeweitet werden. So können die Innenstädte auch durch Kultur- und Freizeitangebote gestärkt werden.



Foto: Michaela DiPadova

Ein weiterer Punkt ist die gezielte Unterstützung digitaler Projekte zur Innenstadtentwicklung, wie zum Beispiel Smart-City-Ansätze, ein digitales Leerstandsmanagement oder Brachflächenkataster. Mit neuen digitalen Projekten kann auch der stationäre Einzelhandel profitieren. Wer die weiteren Details des Antrags nachlesen möchte, kann dies auf der Seite des Deutschen Bundestages tun.

AUS DEM PLENUM

REDE ZUR EUNAVFOR MED IRINI MISSION

Seit dem Sturz von Langzeitmachthaber Muammar al-Gaddafi 2011 in Libyen ringen in dem nordafrikanischen Land viele Mächte um Einfluss. Im Jahr 2020 wurde zwischen den Konfliktparteien ein Waffenstillstand vereinbart. Seit dieser Zeit sind Fortschritte erzielt worden. Die Lage in Libyen ist aber noch nicht stabilisiert. Bei der EU - Mission EUNAVFOR MED IRINI, bei der auch unsere Bundeswehr beteiligt ist, geht es vor allem darum, mit Schiffen, Fluggerät und Satelliten das Waffenembargo gegen Libyen zu überwachen, illegale Ölausfuhren zu verhindern sowie die Bekämpfung von Schlepperkriminalität und Waffenschmuggel.

REDE ZUM BERICHT DER WEHRBEAUFTRAGTEN

Als Anwältin der Soldatinnen und Soldaten ist die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages bekannt. Mit ihrem Bericht bekommen wir Aufschluss über den Zustand der Bundeswehr, über die Stimmung sowie über die Missstände in der Truppe. In meiner Rede zum Bericht habe ich die Forderung der Wehrbeauftragten unsere Verteidigungsausgaben dauerhaft zu erhöhen, unterstützt. Unsere Partner erwarten es, unsere Bedrohungslage in Europa erfordert es. Nur dann wird die so groß angekündigte "Zeitenwende" mit Leben gefüllt.



Foto: Jens Krick/Flashpic photoagency

Auch müssen die weiteren Bedürfnisse der Soldatinnen und Soldaten, insbesondere die der Frauen, stärker in den Fokus gerückt werden.

Meine Reden sind auf Facebook und Instagram hochgeladen und stehen dort zum Anschauen und Reinhören bereit.

NRW LANDTAGSWAHL

Bei einem Grad Celsius und Schneeregen sind wir am 1. April in Köln in den Landtagswahlkampf gestartet. In meinem alten Köln-Mülheimer Wahlkreis tritt dieses Mal Dominik Kaven an. Ein Kandidat, den ich von Herzen unterstützen und empfehlen kann. Doch nicht nur in Köln müssen wir um jede Stimme kämpfen. Wir als Union haben in den vergangenen vier Jahren in NRW gute Arbeit abgeliefert, sind aber noch lange nicht am Ende. Wir wollen und können mehr. Und damit das so bleibt müssen wir unseren Ministerpräsidenten Hendrik Wüst unterstützen und versuchen so viele Stimmen wie möglich zu erkämpfen. Denn es macht einen Unterschied, wer regiert.



Mit Markus Mähler und Maurice Schirmer durfte ich zwei junge CDU-Kandidaten in einer herausfordernden Region besuchen. Da ich gebürtig aus dem Ruhrgebiet komme, war es ein zweites Heimspiel, als ich mit Maurice Schirmer das QUAZ in Bochum und mit Markus Mähler die Tafel in Herne besuchen durfte. Das QUAZ in Bochum kümmert sich vorbildlich um die Integration von Flüchtlingen durch Sprach- und Qualifizierungsförderung. Die Tafel in Herne berichtete von den Schwierigkeiten der vergangenen Jahre und den neuen Herausforderungen durch die Inflation und die Preisentwicklung in diesem Jahr. Beide Kandidaten haben es in ihren Wahlkreisen zwar schwer, verdienen aber so viel Unterstützung und Stimmen wie möglich.



Mit Anja Vesper und Christian Brandt haben wir in Wuppertal und dem Ennepe-Ruhr-Kreis zwei CDA-Kollegen, denen besonders das Integrative und das Soziale am Herzen liegt. So durfte ich mir mit Anja Vesper in Wuppertal den neuen muslimischen Friedhof in der Stadt anschauen. Das Besondere daran: nebenan befindet sich der christliche, sowie der jüdische Friedhof. Mit dem neuen gemeinsamen Friedhof soll auch ein Platz der Begegnung geschaffen werden, der das friedliche Zusammenleben der Religionen fördern soll. In Sprockhövel konnte ich mit Christian Brandt den dortigen Ortsverband des Deutschen Roten Kreuzes besuchen. Gemeinsam haben wir über die Herausforderungen und Auswirkungen des Ukraine-Krieges diskutiert. Mein besonderer Dank und Respekt gehen natürlich auch an die vielen Haupt- und Ehrenamtler des DRK und der anderen Organisationen.

In der Kölner Heimat ging es mit unserem Landtagskandidaten Florian Braun zum Lieferdienst "Liefertürke", zu dessen Gründern der Musiker Eko Fresh gehört. Alle Leckereien aus dem türkischen Supermarkt kann man sich jetzt auch nach Hause bestellen - in Köln, Krefeld und demnächst in Düsseldorf. Weitere Städte sollen folgen.

Im Gegensatz zu vielen anderen Diensten ist "Liefertürke" eher die Plattform für den Großeinkauf. Das durchschnittliche Einkaufsvolumen beträgt 90€. Insgesamt also ein bereits sehr durchdachtes Konzept mit einem sehr engagierten Team, das für sich eine Marktlücke gefunden und erschlossen hat.



Starke Kandidaten gibt es auch am Niederrhein. Gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Britta Oellers und Marc Blondin konnte ich beim Austausch mit der Union der türkischen und islamischen Vereine in Krefeld und Umgebung e.V. dabei sein. In der Merkez Moschee in Krefeld haben wir für unsere Aufgaben in den Parlamenten viel Input bekommen. Abends ging es dann weiter nach Grevenbroich, wo ich mit den Mitgliedern der örtlichen CDU über das "C" in CDU diskutieren durfte. Vor ein paar Monaten haben einige "Experten" die Debatte um das "C" aufgeworfen und der CDU empfohlen zu überlegen, dass "C" im Namen aufzugeben. Für mich kommt das nicht in Frage. Denn nur mit unseren gemeinsamen Werten und Grundvorstellungen, die auf dem "C" basieren, können wir als Union eine Rolle in Zukunft spielen. Dabei spielt das "C" eine integrative und keine ausschließende Rolle.



AKTUELLES AUS DER TRUPPE



In Sitzungswochen ergibt es sich häufig, dass ich montagsmorgens bereits in Berlin bin, obwohl die Termine erst am späten Nachmittag so richtig losgehen. Gerne nutze ich also die Zeit, um Truppen und Einrichtungen der Bundeswehr in der Umgebung von Berlin zu besuchen. Diesen Monat konnte ich das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam besuchen. Das ZMSBw ist frei in seiner Arbeit, die Bücher und Dissertationen entstehen aus einem theoriegeleiteten Forschungsinteresse und beschäftigen sich mit deutscher und internationaler Militärgeschichte, aber auch beispielsweise mit den Auswirkungen von Auslandseinsätzen auf einzelne Soldatinnen und Soldaten. Ein Besuch, der sich angesichts der wichtigen Themen auf jedenfalls gelohnt hat.



Foto: Bundeswehr

Auf Einladung von Staatssekretär Thomas Hitschler konnte ich zusammen mit Kollegen aus dem Verteidigungsausschuss unsere eFP Battlegroup in Litauen besuchen. Die eFP Battlegroup Litauen ist der Kampfverband der NATO in Litauen. Sie ist seit August 2017 mit Truppenteilen rotierend aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Kroatien, Luxemburg, den Niederlanden und Norwegen kampfbereit und hat eine Stärke von 1.200 Mann. Die eingesetzten Einheiten in Litauen rotieren immer wieder durch, wobei Deutschland meistens den Großteil der Einheiten stellt. In der aktuellen 11. Rotation dient seit Februar 2022 unser Panzergrenadierbataillon 411 der Panzerbrigade 41 aus Vorpommern mit insgesamt 543 Soldaten.

Die seit 2017 laufende Stationierung ist eine Reaktion auf die Aggressionen im Osten Europas durch die Russische Föderation. Mit der eFP soll den baltischen Ländern und Polen die Unterstützung des Bündnisses versichert werden und eine Abschreckung gegenüber Russland deutlich werden. In allen vier Ländern wurde ab 2017 eine NATO-Battlegroup aufgebaut. Neben Deutschland agieren Großbritannien in Estland, die USA in Polen und Kanada in Lettland als "Führungsnationen".

Als Reaktion auf die neueren russischen Aggressionen wurde die Battlegroup im Februar durch weitere 300 Soldaten verstärkt. Danke an alle unsere Soldatinnen und Soldaten für einen großartigen Job, den sie vor Ort machen. Mit dieser Stationierung stehen wir zu unseren Verpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten.

Es gibt nicht viele Momente, in denen meine Arbeit im Verteidigungsausschuss direkt mit meiner Kölner Heimat verbunden werden kann. Umso mehr freut es mich, wenn es dann doch Mal vorkommt. Als sich die Möglichkeit bei der Taufe der Korvette "Köln" dabei zu sein, musste ich nicht zweimal nachdenken. Das Schiff ist das erste des zweiten Loses der Klasse K130 für die Deutsche Marine. Die modernen Korvetten sind eine dringend benötigte Erweiterung der Bundeswehr und sollen auch zur größeren Einsatzbereitschaft beitragen. Für die Sicherheit der deutschen und internationalen Küstengewässer werden die Schiffe einen wichtigen Beitrag liefern. Bevor die Frage aufkommt: Nein, das Schiff wurde klassisch getauft und nicht mit einer Flasche Kölsch.



Foto: Bundeswehr



Medien & Netzwerk

 www.serapgueler.de
 @serapgueler
 @sgueler
 @SerpGueler

Impressum

Herausgeber:

Serap Güler MdB
Friedrich-Ebert-Str. 94-96
51373 Leverkusen

Kontakt:

Mail:
serap.gueler.wk@bundestag.de

V.I.S.D.P.:

Jonas Dankert
Friedrich-Ebert-Str. 94-96
51373 Leverkusen